Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige
Redaktion, Druck und Verlag von R. Graßmann, Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Sonnabend, den 3. Mai 1879. Nr. 206.

Deutscher Reichstag.

36. Sitzung vom 2. Mai

Präsident von Forckenbeck eröffnet die Sitzung um 11½ Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen.

Am Tische des Bundesraths: Präsident des Reichskanzleramts, Staatsminister Hofmann, Präsident des Reichsjustizamts, Staatssekretär Dr. Friedberg, Geheime Räthe Kienitz, Kurlbaum II., Dr. Meyer, königlich bairischer Ministerialrath Mayr, königlich preußischer Geheimer Regierungsrath Burghart u. A.

Um 12¼ Uhr erscheint der Herr Reichskanzler Fürst v. Bismarck im Hause.

Ein Schreiben des Abg. Dr. Bähr (Kassel) macht Mittheilung von seiner Ernennung zum Reichsgerichtsrath. In diese Stellung tritt der Ernannte erst am 1. Oktober c. ein; er stellt es indeß der Entscheidung des Reichstages anheim, ob er durch diese Ernennung schon jetzt seines Mandats verlustig gehe.

Das Schreiben wird der Geschäftsordnungs-Kommission überwiesen.

Das Haus wählt demnächst auf Vorschlag des Abg. Frhrn. v. Franckenstein an Stelle des Abg. Frhrn. v. Minnigerode, welcher, wie bereits mitgetheilt, das Amt eines Schriftführers niedergelegt hat, den Abg. Wichmann per Akklamation in dessen Stelle.

Hierauf wird die zweite Berathung des Entwurfs einer Gebührenordnung für Rechtsanwälte fortgesetzt, welche vorgestern bei § 28 vertagt war. Derselbe lautet:

„Das ordentliche Verfahren, welches nach der Abstandnahme vom Urkunden- oder Wechselprozesse sowie nach dem mit Vorbehalt in demselben erlassenen Urtheil anhängig bleibt (Civilprozeßordnung §§ 559, 563), gilt für die Berechnung der Gebühren des Rechtsanwalts als besonderer Rechtsstreit."

Hierzu beantragt Abg. Thilo: die gestrichenen Worte der Regierungsvorlage:

„Der Rechtsanwalt muß sich jedoch die Prozeßgebühr des Urkunden- oder Wechselprozesses auf die gleiche Gebühr des ordentlichen Verfahrens anrechnen, wiederherzustellen."

Die Abstimmung erfolgt durch Zählung und ergiebt mit 132 gegen 100 Stimmen die Annahme des Amendements.

Die meisten übrigen Paragraphen des Gesetzes werden nach einer rein technischen Diskussion in der Fassung der Kommissions-Vorlage genehmigt.

Eine Debatte von allgemeinerem Interesse knüpft sich nur an die §§ 93, 94, 94a und 94b, welche davon handeln, daß zwischen dem Anwalt und seinem Klienten der Betrag der Vergütung abweichend von den Vorschriften der Gebühren-Ordnung durch Vertrag festgesetzt werden kann.

Da mehrere Anträge zu diesen Paragraphen vorliegen, darunter einer erst handschriftlich, so werden sie auf den Antrag des Abg. Dr. Lasker, welcher auf die Wichtigkeit des nächstfolgenden Gegenstandes hinweist, zur Vorberathung an die Justizkommission überwiesen.

Hierauf wird die erste Berathung des Gesetzentwurfs über den Zolltarif eröffnet.

Das Wort dazu nimmt sofort der Herr Reichskanzler Fürst v. Bismarck: Wenn die verbündeten Regierungen, durch ihre Vorlagen und durch die Motive dazu die Debatte eröffnet das erste Wort gesprochen haben und die Erwiderung des Reichstages erwarten dürfen, so ist es mir nach der Stellung, welche ich von Hause aus genommen habe, ein Bedürfniß, diese Stellung persönlich mit wenigen einleitenden Worten zu rechtfertigen und meine Auffassung der Gesammtvorlagen, ihrer Motivirung und ihrer Nothwendigkeit in kurzen Worten vor Ihnen darzulegen. Das Bedürfniß einer Finanzreform in Deutschland ist ja ein altes und nicht blos seit der Zeit vorhanden und in uns lebendig gewesen, seit wir mit dem Worte Deutschland wieder einen staatlichen Begriff verbinden, sondern es ist meines Erachtens lange vor 1866, seit 1848 vielleicht, in allen Landestheilen, namentlich aber im größten deutschen Staate, in Preußen lebhaft empfunden worden. Die Finanzgesetzgebung — ich spreche nicht von der wirthschaftlichen — seit den Jahren 1818 bis 1824 in Preußen wenigstens — ich kann, wenn ich von den einzelnen Reichsländern und ihren Beziehungen zu den Reichsfinanzen spreche, ja nur über Preußen mit Sicherheit urtheilen — vom finanziellen Standpunkte aus beurtheilt, geruht. Die Gesetze seit 1824 mit Ausnahme der untergeordneten, die in Preußen erschienen sind, waren mehr von politischer, als finanzieller Tragweite; ich rechne dahin die Einkommensteuer, welche 1851 eingeführt wurde und einem, wie ich gern zugebe, berechtigten Verlangen entsprach, die größeren Vermögen in höherem Maße heranzuziehen. Es kam dann 1861 die Grund- und Gebäudesteuer. Im Uebrigen aber ist meines Wissens vom preußischen Finanzministerium eine Initiative zu irgend welcher finanziellen Reform der seit 1824 gültigen Situation nicht ausgegangen, auch keine mißlungene. Es erklärt sich das ja durch das Verhältniß, in welchem die Staaten zum Zollverein standen und durch die Lage der Zollvereinsverhandlungen während des größten Theils dieser Epoche bis zum Anfang der fünfziger Jahre. Der Zollverein, welcher den Schlüssel zu den indirekten Steuern besaß, war eine lösbare Schöpfung, die sich auf eine dauernde Steuerverfassung nicht wohl einrichten konnte, da alle 12 Jahre ihre Existenz in Frage gestellt wurde, und dieser mehr äußerliche Umstand rechtfertigt logisch die Thatsache, daß die Ausbildung unseres indirekten Steuerwesens im Vergleich mit den anderen europäischen Ländern wesentlich zurückgeblieben ist. Ich bitte, die wirthschaftliche und finanzielle Frage hierbei nicht zu kombiniren. Ich habe zunächst blos die finanzielle im Auge. Die Möglichkeit, auch die indirekten Steuern in der Weise zu pflegen, wie in anderen Staaten, trat erst ein mit der Schöpfung des Norddeutschen Bundes und des Zollparlaments resp. des deutschen Reichs. Wenn ich für meine Person nicht damals schon dem Bedürfniß oder der Aufgabe einer finanziellen Reform näher getreten bin, so kann ich außer den Abhaltungen, die für mich in anderweiten politischen Geschäften, zum Theil auch in der mangelnden Gesundheit lagen, anführen, daß ich es nicht für eine Aufgabe betrachte, die in erster Linie dem Reichskanzler obläge, finanzielle Reformen anzustreben. Es hat sich die Praxis auch parallel mit dieser Erwägung bewegt, indem der erste Versuch, die Finanzreform zu regeln, sich entwickelte in dem sogenannten Steuerbouquet des Finanzministers von der Heydt. Seine Vorlagen wurden mit der Motivirung abgelehnt, daß einzelne Vorlagen nicht nützlich wären, sondern eine durchgreifende Reform an Haupt und Gliedern nothwendig sei. Aehnlich sind demnächst einzelne Vorlagen seines Nachfolgers, des Ministers Camphausen, und zwar mit ähnlichen Gründen, bekämpft worden. Für mich war, wenn ich persönlich der Sache nahe treten sollte, die Vorbedingung die, daß ich mit den Finanzministern der einzelnen, wenigstens der größeren Bundesstaaten und namentlich mit demjenigen Preußens über die Hauptprinzipien der vorzunehmenden Reform mich im Einklang befand, da ich nicht vorgehen wollte auf die Gefahr hin, die Stimmen meiner preußischen Kollegen nicht hinter mir zu haben. Dies war bis vor einem Jahre nicht vollständig der Fall, und so weit die Widersprüche prinzipiell waren, ließ sich eine Einigung in concreto nicht erreichen. Nachdem aber diese für mich unerläßliche Vorbedingung erfüllt war, bin ich einem Geschäft näher getreten, von dem Andere noch mehr als ich überzeugt waren, daß es mir eigentlich nicht persönlich obliege. Ich habe mich dabei, je mehr ich mich hineingearbeitet habe, von der Nothwendigkeit der Reform und namentlich von ihrer Dringlichkeit immer voller überzeugt. Der heutige Zustand der deutschen Gesammtfinanzen, worunter ich nicht blos die Reichsfinanzen, sondern auch die der einzelnen Länder verstehe, denn bei dem organischen Zusammenhang beider lassen sie sich getrennt kaum behandeln — ist derart, daß er meines Erachtens auf's Dringlichste zu einer schleunigen Reform auffordert. Das erste Motiv, welches auch in meiner politischen Stellung als Reichskanzler hiezu nöthigt, ist das Bedürfniß der finanziellen Selbstständigkeit des Reiches. Dies ist schon bei der Herstellung der Reichsverfassung anerkannt worden. Sie setzt voraus, daß der Zustand der Matrikularbeiträge vorübergehend sein und nur so lange dauern würde, bis Reichssteuern eingeführt wären. Es wird für Denjenigen, der in dieser vielbeschäftigten Zeit Muße gewinnt, gewiß erfreulich sein, die Verhandlungen des verfassunggebenden Reichstages und namentlich die damalige ausgezeichnete Rede des Abg. Miquel gegen die Matrikularbeiträge nachzulesen. Er erklärte die Matrikularumlagen für gleichbedeutend mit der finanziellen Anarchie in ganz Deutschland. Nun möchte ich zwar nicht diesen Wortlaut unterschreiben, aber gewiß ist es für das Reich unerwünscht, ein lästiger Kostgänger bei den Einzelstaaten zu sein, ein mahnender Gläubiger, während es der freigebige Versorger der Einzelstaaten sein könnte, bei richtiger Benutzung der Quellen, zu denen der Schlüssel ihm zwar in die Hände gelegt worden ist, die aber bisher nicht benutzt worden sind. Diesem Zustand muß ein Ende gemacht werden. Die Matrikularbeiträge sind ungleich und ungerecht in ihrer Vertheilung. 30,000 Bewohner von Thüringen und Waldeck können nicht ebensoviel bezahlen, wie 100,000 von Bremen oder Hamburg, so ist damals richtig bemerkt worden. (Widerspruch.) Auch würde die Konsolidation des Reiches sicher gewinnen, wenn sie durch Reichssteuern ersetzt würden. Die Konsolidation würde auch nicht verlieren, wenn diese Steuern so reichlich ausfallen, daß die einzelnen Staaten vom Reiche empfangen, anstatt daß sie wie bisher immer in unbequemer Weise geben sollen. Ein zweites Motiv, weshalb mir eine Reform nothwendig erscheint, liegt in der Frage: ist die Last, die im staatlichen und Reichsinteresse nothwendig aufgebracht werden muß, in derjenigen Form aufgelegt, in welcher sie am leichtesten zu tragen wäre; oder ist sie es nicht? Diese Frage wird nach meiner Ueberzeugung und auch von den verbündeten Regierungen in ihrer Allgemeinheit absolut verneint. Wir erstreben überhaupt nicht eine höhere finanzielle Einnahme, insoweit Reichstag und Landtag mit uns Ausgaben votiren, zu deren Deckung die Mittel nicht vorhanden sind; im Uebrigen wüßte ich nicht, was wir mit überflüssigem Gelde anfangen sollen. Wir haben es ja gehabt aus den Milliarden und sind bekanntlich mit der Verwendung in einer gewissen Verlegenheit gewesen. Diesen Zustand aber künstlich zu erzeugen, kann einem vernünftigen Staatsverwalter gar nicht passiren, der Verdacht, der in dieser Hinsicht in der Presse laut geworden, ist vollständig ungerecht und geradezu absurd. Wir verlangen nicht mehr als wir jetzt haben, wünschen aber, daß das, was nach Ihrem und der Landtage Votum aufgebracht werden muß, in derjenigen Form aufgebracht werde, welche für die Kontribuenten die leichteste ist. Die Regierungen sind aber der Ueberzeugung, daß die vom Zollverein lange vernachlässigte indirekte Besteuerung diejenige Form ist, die das Tragen der Kosten am meisten erleichtert. Ich werfe dem jetzigen Zustande vor, daß er zuviel von den direkten, zu wenig von den indirekten Steuern verlangt, und ich strebe danach, die direkten Steuern abzuschaffen. Wenn ich auch nur mein näheres Heimathsland Preußen ins Auge fassen kann, so zweifle ich doch nicht, daß in allen Bundesstaaten ähnliche Verhältnisse stattfinden werden. Die Belastung durch die direkten Steuern hat in Preußen eine Höhe erreicht, die nicht fortbestehen kann und bei irgend einer Ausdehnung der Selbstverwaltung nach dem jetzigen System auch nicht mehr aufgebracht werden kann. Das, was ich in Preußen erstrebe und wofür ich meinen Einfluß geltend machen werde, ist Folgendes: Wir bezahlen in Preußen an Grundsteuer 41—42 Millionen Mark und Gebäudesteuer circa 20 Millionen Mark. Diese 60 Millionen Mark wären, das erstrebe ich als ein Ziel, den Provinzen, Kreisen und Gemeinden zu überweisen. Dadurch würde die Nothwendigkeit wegfallen, gerade zu diesen Steuern Zuschläge zu erheben. Nach mir vorliegenden Rechnungen von 170 Städten Deutschlands erheben manche derselben bis zu 500 pCt. der direkten Staatssteuern, hier ist eine Erleichterung unabweislich, die Ueberweisung der 60 Millionen würde die Zuschläge in Höhe von 58 Millionen aufheben, außerdem werden aber noch direkte Kommunalsteuern im Gesammtbetrage von 139 Millionen erhoben. Ferner müßte die Klassensteuer mit ihren 42 Millionen gänzlich in Wegfall kommen und vielleicht auch den Städten die Erhebung einer solchen untersagt werden. Damit würde eine Anregung zur Unzufriedenheit und die Neigung, diese Unzufriedenheit politisch auszubeuten, namentlich in den großen Städten wegfallen, die mit solcher Begierde die Klassensteuer für die sehr verständige Mahl- und Schlachtsteuer eingeführt haben. In ganz Europa existirt eine ähnliche Kopfsteuer nur noch in Rußland mit einem Ertrage von 118 Millionen Rubel, aber trotz des gesicherten Eingangs geht Rußland, obwohl jetzt nach dem Kriege keineswegs glänzend situirt, damit um, diese einzelne direkte Steuer zu beseitigen. Auch die Einkommensteuer mußte in solchem Sinne revidirt werden, daß zwischen 1000 und 2000 Rthlrn. nur das fundirte Einkommen eine Steuer bezahle, nämlich der Besitz von Kapitalien und der Grundbesitz, wobei noch zwischen verpachtetem und selbstbewirthschaftetem Grundbesitz zu unterscheiden wäre. Das durch tägliche Arbeit verdiente Einkommen müßte jedenfalls geringer besteuert werden, als das Einkommen Desjenigen, der blos die Scheere nimmt, um Koupons abzuschneiden, oder nur die Quittung für die Pachtsummen ausschreibt. Ich bin ferner der Ansicht, daß ein Staatsbeamter eine staatliche Einkommensteuer nicht bezahlen soll. Das ist eine ganz ungerechte Auflage und ich halte es für ganz ungerecht, wenn der Staat dem Beamten erst ein Gehalt giebt und ihm dann einen Theil desselben wieder als Steuer nimmt. Entweder der Beamte ist auskömmlich besoldet — was ich von den wenigsten sagen kann — oder nicht. Hat er zu viel, so nehme man etwas von dem Gehalte weg, oder hat er nicht zu viel, so lasse man ihm das Gehalt. M. H.! Ich bin nicht die Reichsregierung — wir haben jetzt nur erst Reichsregierungen — und ich kann nicht im Namen der Reichsregierung sprechen, wie sie es mit den durch Abschaffung der Matrikularbeiträge flüssig werdenden Mitteln halten will, das wird jede Regierung mit ihrem Landtage vereinbaren können. Ich selbst wünsche ja, daß das Reich darüber hinaus aus den indirekten Reichseinnahmen an die Einzelstaaten etwas zahlen könne. Meine hier ausgesprochenen Wünsche sind ja vorwiegend auf preußische Verhältnisse berechnet gewesen. Einen weiteren Mangel unserer Steuerpolitik sehe ich in der ungleichen Vertheilung der Lasten zwischen dem beweglichen und dem unbeweglichen Eigenthum, die den ländlichen und städtischen Grundbesitz schwer geschädigt hat. Die neueren Steuern treffen wesentlich den Grundbesitz. Ich weiß nicht, ob das dazu beigetragen hat, Getreide und Nahrungsmittel billig zu machen, wenn man den Grundbesitz mit 10 pCt. des Reinertrages vom Getreideverkauf vorab besteuert. Grund-, Gebäude- und Einkommensteuer wirken zusammen in der angegebenen Höhe beim unverschuldeten Grundbesitz, beim verschuldeten ist der Druck ein noch weit höherer. Es kommt dabei unter Vorwänden, die ich mich geniren würde auszusprechen, fast in jedem Jahre eine Mehrbelastung des Grundbesitzes hinzu. Und wenn man die Natur dieser mehrbelasteten Schulden ansieht, so findet man, daß sie zumeist — soweit sie nicht durch Erbtheilungen entstanden sind — herrühren aus der Kalamität nach den Kriegen im Anfang dieses Jahrhunderts, oder aus der Ablösung ehemaliger Rechte. Ich möchte nun den Statistikern einmal anheimgeben, was diese Mehrbelastung der heimischen Getreideproduktion auf den Scheffel Roggen ausmacht, und dann nehmen Sie noch die Kommunal-, Kreis- und Provinzialsteuern hinzu, die ebenfalls ihrer Natur nach den Grundbesitz in erster Reihe treffen müssen und die sicher 100 pCt. der Staatssteuern betragen. So kommen 20—30 und stellenweise noch mehr Prozente der Steuern heraus. Ich sollte meinen, wenn es überhaupt ein großes Glück einer Nation ist, wohlfeiles Getreide zu haben, und wenn man das schon 1861 bei Einführung der Grundsteuer gewußt hätte, dann hätte man eher erwarten sollen, daß eine Prämie ausgesetzt worden wäre auf den inländischen Getreidebau oder daß der Grundbesitz mindestens steuerfrei für den Getreidebau geblieben wäre. Kein Gewerbe ist so hoch besteuert wie die Landwirthschaft. Bei allen Gewerben hat der Gesetzgeber den inländischen Produzenten etwas besser gestellt als den ausländischen, nur mit der Landwirthschaft ist es geradezu umgekehrt; hat das vielleicht seinen Grund im Glauben an die Unerschöpflichkeit des Bodens, daß der immer noch etwas mehr bringen soll, oder glaubt man, daß die wenigen Latifundienbesitzer, die man hier in Berlin, sei es im Herrenhause, sei es im Reichstage, sei es bei Borchardt, sieht (Große Heiterkeit.), die Repräsentanten der Landwirthschaft sind? Wir dürften in Preußen kaum mehr als 3—4000 wohlhabende Rittergutsbesitzer aufzuweisen haben. (Rufe: Noch zu hoch gegriffen!) Die Gerechtigkeit fordert doch eine gleiche Behandlung der Landwirthe mit den anderen Gewerbetreibenden. Vielleicht wird in den beginnenden Berathungen mehr noch als die finanzielle uns die andere Frage beschäftigen, daß die jetzige indirekte Steuerveranlagung der einheimischen Arbeit und Produktion nicht das Maß von Schutz

gewährt, das sie gewähren könnte. Die Frage Schutzzoll oder Freihandel will ich nicht berühren — wir sind ja alle noch Schutzzöllner, denn unter unseren heutigen Tarif hat doch noch Niemand heruntergehen wollen, und der ist mäßig schutzzöllnerisch — gerade so wie diese Regierungsvorlage jetzt. Wir sind weit entfernt von einem Prohibitivsystem und von Zöllen von 60—80 pCt., wie andere Länder sie kennen, wir bleiben in den Grenzen der finanziellen Besteuerung mit Ausnahme dessen, wo das Unterlassen eines höheren Schutzzolles erhebliche Nachtheile im Augenblick mit sich bringen müßte. Wir kehren im Ganzen nicht einmal zurück zu den Zöllen, wie wir sie bis 1864 hatten. Vergleichen Sie diesen Tarif und den neuen und Sie werden sich wundern über die Höhe des Abhanges, den wir heruntergegangen sind. Die Strömung für den Freihandel war in den 60er Jahren unter der damaligen Führung Frankreichs eine so starke, daß man wohl Bedenken tragen konnte, ihr entgegenzutreten. Diese Strömung trieb einem Ziele zu, das ja ein hohes Ideal sein würde, wo jede Grenze, jedes Land offen stehen müßte, ein Ideal, das ja ehrlicher Schwärmerei gefallen muß und das ja auch vielleicht einmal in der Zukunft erreicht werden könnte, und diese Strömung war in den 60er Jahren so stark, daß jede Opposition dagegen mißlungen wäre. 1860 wären wir in keinem Parlamente durchgedrungen, wenn wir eine schutzzöllnerische oder auch nur eine solche Politik hätten treiben wollen, welche für die heimische Industrie mehr schützend wirkte als die damalige. Ich weiß noch, mit welcher Freude damals die Majoritäten die Herabsetzung von Zöllen beschlossen. Die Regierungen wird also aus ihrer damaligen Haltung kein Vorwurf treffen können. Nun haben aber alle Länder jene Bahnen schon wieder verlassen, — England ist das einzige, welches noch darauf geblieben ist, und das wird auch nicht mehr lange dauern und da kann doch Niemand Deutschland zumuthen, daß es nun ganz allein der damaligen Tradition folgen soll. Unsere Thore sind jetzt weit geöffnet für die Ueberproduktion der Länder draußen, die Waaren werden hier eingeführt und die unverkäuflichen Artikel werden in Deutschland werthvoller gemacht. So hindert die ausländische Ueberproduktion die Belebung des inländischen industriellen Verkehrs. Schließen wir nun unsere Thore ein wenig und sehen wir, daß wenigstens der vom Auslande heute noch ausgebeutete deutsche Markt der deutschen Industrie erhalten bleibe. Die Idee, einen großen Exporthandel zu begründen, ist immerhin einigermaßen prekär, neue Länder und Nationen giebt es nicht mehr zu entdecken. Der Weg der Handelsverträge ist ja unter Umständen gut, aber einer von den beiden Kontrahenten wird dabei immer übervortheilt, und gewöhnlich kommt man erst nach Jahren dahinter, wer das gewesen ist. Dabei ist dann aber auch noch die Methode unserer ganzen Steuer-Abfertigung so organisirt, daß es bei uns nicht möglich ist wie in Nachbarländern, erlaubte oder unerlaubte Nachlässe erfolgen zu lassen. Aber die Hauptsache ist, was in den Verträgen enthalten ist? Können wir einen Vertrag errichten mit einem Staate, der uns mehr abkauft, als wir ihm, so werde ich einen Vertrag gewiß nicht hindern. Ob wir aber durch unsere Handelsverträge zusammengerechnet mehr Schaden oder Nutzen gehabt haben, — das entzieht sich jeder sicheren Berechnung. Die Thatsache jedoch bleibt bestehen, daß wir uns in einem leidenden Zustande befinden, und zwar mehr als das in irgend einem Lande der Fall ist, das schutzzöllnerische Politik treibt. Wären wirklich die Gefahren des Schutzzolles so groß, wie sie bisweilen geschildert werden, so müßte Frankreich schon seit langer Zeit ruinirt sein, statt daß es trotz der 5 Milliarden leistungsfähiger wäre als wir es heute sind. Auch das schutzzöllnerische Rußland sehen wir prosperiren und zwar wesentlich auf Kosten des deutschen Geldes, es ist dort der Bodenwerth in dem Maße gestiegen, daß heute beispielsweise in der Nähe der Bahnen die Revenüe des Bodens dem Ankaufspreis vor 20 Jahren gleichkommt. (Hört!) Fabriken haben 30 bis 35 pCt. Reservefonds hinterlegen können. Ja, das ist eine geschätzte Industrie! Rußland hat einen kostspieligen Krieg geführt und doch prosperirt es auf Kosten unseres Marktes und durch die Wirkung unserer Gesetzsammlung. Meine Herren! Die Chirurgie hat in 2000 Jahren wesentliche Fortschritte gemacht, aber bei den organischen Gebilden stehen wir heute noch denselben Räthseln gegenüber wie vor 2000 Jahren. So ist es auch mit den organischen Staatengebilden, wie mit dem menschlichen Leibe. Wir befinden uns seit der Herabsetzung der Zollsätze in einem andauernden Prozesse begriffen, der meines Erachtens ohne die fünf Milliarden schon fünf Jahre früher ausgebrochen wäre. Angesichts dieser Thatsachen — die wir, ehrlich gestanden, alle nicht beherrschen, so wenig wie die Fragen des menschlichen Körpers, so wenig wie wir mit Bestimmtheit sagen können, dies sei die Folge dieser oder jener Maßregeln — da sollen wir alle persönliche Empfindlichkeit aus dem Spiele lassen, aber auch alle politischen Fragen. Hier stehen wirthschaftliche allein vor uns, wir fragen uns, wie wir dem kranken Körper wieder frisches Blut zuführen, um es in die richtige Cirkulation bringen zu können. Ich bitte dringend, alle Fragen politischer Parteitaktik aus dem Spiel zu lassen und sich an die eine Interessenfrage zu halten. Bisdat, qui cito dat und wer hier nicht „cito dat", der schädigt das wirthschaftliche Interesse unseres Volkes. Ich glaube, daß diese Gewißheit auch die bevorstehenden Verhandlungen beherrschen wird, und daß das deutsche Volk bald volle Gewißheit verlangt über seine Zukunft, und eine schnelle Ablehnung ist mir noch besser für den Standpunkt der Regierung, als die Ungewißheit, mit der heute Niemand weiß, was die nächste Zukunft bringen wird. (Lebhafter und anhaltender Beifall.)

Abg. Dr. **Delbrück**: Die Vorlagen sind so umfassend und von so großer Bedeutung, daß es Pflicht jedes Einzelnen von uns wird, sich dasjenige Gebiet in den Vorlagen auszuwählen, das er zu beherrschen im Stande ist, um so einmal Mißbrauch der Zeit vorzubeugen. Ich werde mich daher auf den Zolltarif beschränken und in denselben zunächst absehen von den Finanzartikeln, z. B. Holz, Eisen, Getreide. Auch andere Objekte, rein wirthschaftlicher Art, werden in die Generaldiskussion nicht hineinzuziehen sein. Im Allgemeinen charakterisirt sich die neue Tarifvorlage als ein Gesetzentwurf, der das wieder beseitigt, was 1873, 1870 und 1868 beschlossen wurde. (Sehr richtig!) Es handelte sich damals um praktische Gesichtspunkte, die zu den Zollermäßigungen führten, nicht Freihandel war damals maßgebendes Prinzip. Redner kommt nunmehr auf die einzelnen Positionen des neuen Tarifs, zunächst zu den Baumwollenzöllen. Bis 1877 wäre man übereinstimmend der Ueberzeugung gewesen, daß man die Baumwollenzölle nicht einführen dürfe, wolle man nicht die Rückwirkung auf die Industrie in bedenklicher Weise hervorrufen. Er sei auch jetzt noch der Ueberzeugung, daß zu einer Erhöhung der Baumwollenzölle keine Veranlassung vorliege, und es sprächen für seine Ueberzeugung die zahlreichen Petitionen von Textilindustriellen, die sich mit einer Arbeiterbevölkerung von 150,000 Arbeitern gegen die Baumwollenzölle aussprechen. Redner wendet sich nunmehr dem Glas zu und bekämpft auch hier die Erhöhung des Zolltarifs. Er weist auf den Widerspruch hin, der darin bestehe, daß z. B. leere Flaschen versteuert werden müssen, während mit Mineralwasser gefüllte frei eingingen. Sehr wichtig sind hierbei die Perlenfabrikation und das Alabasterglas, beides für die Berliner Exportfabrikation unentbehrliche Gegenstände. In den Berliner Petitionen werde mit Recht darauf hingewiesen, daß der neue Tarifentwurf diesen Export völlig lahm legen würde. Redner kommt nun zu der Position: Menschenhaare. Der dafür in Ansatz gebrachte Zollsatz von 100 M. würde die neu entstandene Industrie auf diesem Gebiete gänzlich ruiniren. Redner wendet sich nunmehr zu dem Artikel Leinwand, speziell Packleinwand. Die Vorlage wollte diese letztere um 1 M. erhöhen. In einer eingegangenen Petition wurde veranschaulicht, was alles unter Packleinwand für Gewebe verkauft werden, Gewebe, in denen man nichts verpacken könne (Heiterkeit), so lose seien dieselben. Diese Zollerhöhung würde am schwersten Getreide und Kartoffeln, die Wollsachen 2c. treffen. Was das für die Wäschefabrikation erforderliche irische Leinen anlange, von dem die Berliner Industrie 120,000 Stück jährlich brauche, so sei dasselbe gänzlich unersetzbar. Es liege das in klimatischen Einflüssen, man würde daher das inländische Leinen nicht schützen und die Fabrikation schädigen. Redner wendet sich nunmehr der Position Reis zu und hält auch hier die Zollerhöhung für schädlich. Auch die Gold- und Silberwaarenhändler petitioniren gegen die Zollerhöhung. Sie geben an, gegenwärtig auch vom Ausland, wohin sie exportiren billig behandelt zu werden, und fürchten in Folge der Zölle ungünstigere Behandlung vom Ausland. Der Redner kommt nun zu der wichtigsten Position, zur Seide, und hebt die große Bedeutung dieser Industrie hervor, welche durch den erhöhten Zoll auf Chapseide, sowie die Posamentierwaarenfabrikation auf das Empfindlichste getroffen werden würde. Am überraschendsten sei der Eierzoll (Heiterkeit). So lange Deutschland besteht, gab es noch keinen Eierzoll. Die Motive scheinen von der Ansicht auszugehen, daß alle Eier, die nach Deutschland kommen, zum Frühstück verzehrt würden (Heiterkeit) Das sei nicht der Fall, der größte Theil werde zur Fabrikation, sowohl für die Weißgerberei, als zur Albumfabrikation verbraucht; es sei deshalb der Zoll auf Eier entschieden eine Schädigung der Fabrikation. Der Redner schließt seinen mit Beifall aufgenommenen Vortrag mit dem Ausspruch: Er glaube kaum, daß der Reichstag leichten Herzens sich entschließen werde, diese Vorlage anzunehmen, die zu Gunsten der Entwickelung einiger großer Industrien große bestehende reelle Industrien verletzen will (Beifall.)

Die Debatte wird hierauf vertagt.

Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr.

Schluß 4¼ Uhr.

Deutschland.

** **Berlin**, 2. Mai. Nach den nunmehr getroffenen Dispositionen ist anzunehmen, daß der Kaiser ungefähr am 11. Mai nach Berlin zurückkehren wird, um auf Babelsberg seinen Wohnsitz zu nehmen.

Die Mittheilung, daß die am 1. Mai zur Berathung eines Reichsgesetzentwurfes, betreffend die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen, zusammengetretene Kommission zur Grundlage ihrer Arbeiten das preußische Viehseuchengesetz von 1875 nehmen werde, ist unrichtig. Es liegt der Kommission ein neu ausgearbeiteter Entwurf vor.

Provinzielles.

Stettin, 3. Mai. Herr Musikdirektor Flügel veranstaltete am Mittwoch unter Mitwirkung der Herren Senfft v. Pilsach und Lehmann in der Schloßkirche ein geistliches Concert, welches sich eines sehr zahlreichen Besuches zu erfreuen hatte und nach allen Seiten hin vom besten Erfolge gekrönt war. Der Concertgeber trug eine eigene Komposition „Präludium über den Choral: „Wachet auf", einen Concertsatz (C-moll) von Thiele und die E-moll-Fuge von Seb. Bach mit großer Meisterschaft vor, sein Spiel zeugte von ungewöhnlicher Fertigkeit und Technik. Herr Senfft von Pilsach ist zwar nur Dilettant, seine wohlklingende Stimme zeugt jedoch von künstlerischer Bildung und Vollendung. Besonders war der Vortrag von Stradella's Kirchenarie von ergreifender Wirkung. Das Cello-Solo, von Herrn Lehmann gespielt, sowie die Quartett-Gesänge befriedigten allgemein.

— Am 15. d. Mts., Morgens 8 Uhr, soll in Papenburg mit der nächsten Schiffer- und Steuermannsprüfung begonnen werden. Anmeldungen hierzu nimmt der königliche Navigationslehrer Döring in Papenburg entgegen.

— Die „Stolper Post" berichtet als Kuriosum, daß der am Mittwoch früh von Stolp nach Stolpmünde abgelassene Zug von Station Stolp aus auch nicht einen Passagier beförderte.

Greifswald, 1. Mai. Der Präsident des Appellationsgerichtes in Wiesbaden, Dr. Albrecht, früher hier, ist zum Präsidenten des Oberlandesgerichts in Frankfurt a. M. ernannt.

Greifswald, 2. Mai. Gestern Nachmittag um 1 Uhr ist in dem königlichen Forstrevier Jägerhof, Schutzbezirk Hohenfelde, ein Waldbrand ausgebrochen, durch welchen etwa 10 Hektare (40 Morgen) Waldbestand zerstört worden sind. Das Feuer ist rechts vom Wege, der von Pritzier nach Buddenhagen führt, aufgegangen, und da hier die Schonung sehr dicht bestanden und viele trockene Reiser am Boden lagen, so griff dasselbe trotz der energischen Anstrengungen so um sich, daß die vorbezeichnete Fläche zerstört wurde und dem Feuer erst Einhalt gethan werden konnte, als dasselbe durch die Wiese bei Hohenfelde eine natürliche Begrenzung fand. Die gezogenen Gräben und Durchhaue wurden immer wieder vom Feuer überschritten. Ueber die Entstehung des Brandschadens ist bisher nichts zu ermitteln gewesen.

Vermischtes.

Berlin. Der Kleiderhändler B. in der Landsbergerstraße hat zu „absoluter Sicherheit gegen Einbruch" einen Allarm-Apparat von dem Mechaniker Bleyl in seinem Geschäftslokal anbringen lassen. Abends, wenn das Geschäft geschlossen ist, werden Kontakte an Jalusien und Thüren befestigt und von diesen führt ein Leitungsdraht nach dem eine Treppe höher gelegenen Schlafzimmer des Hrn. B. Sobald die Jalusien, Thüren u. s. w. nur etwas stark berührt werden, fängt die Allarm-Glocke sofort zu läuten an und einen rasselnden Ton von sich zu geben, wie ein sogenannter Wecker und hört nicht eher auf Lärm zu machen, bis sie durch eine Vorrichtung zur Ruhe gebracht wird. Vor Jahr und Tag wurden schon einmal durch diesen Allarmapparat zwei Diebe gefangen, die noch heute im Gefängniß bei Plötzensee hinter Schloß und Riegel sitzen. In der Mittwoch-Nacht wurde Herr B. wiederum durch den Allarm-Apparat geweckt. Herr B., noch im Halbschlaf, sprang aus dem Bette, stürzte nach dem Fenster, riß es auf und schrie auf die Straße hinaus: „Diebe, Räuber, Hülfe!" Jetzt eilten Nachtwächter, die Fenster in der Nachbarschaft wurden aufgerissen, aus dem wenige Häuser entfernten Polizeiamt kamen Schutzleute herbei, und auch der Wachtmeister kam. Die Thür des Hauses wurde so dicht besetzt, daß kein Verbrecher entschlüpfen konnte, und nun eilte Alles nach dem Schlafzimmer des Herrn B., der inzwischen den Allarm-Apparat zur Ruhe gebracht hatte. Jetzt wurde der Laden untersucht und jeder Winkel darin durchstöbert, indessen nichts Verdächtiges gefunden. Der Wachtmeister sagte lachend: „Das ist heute mal ein Blinder-Allarm-Apparat", und schon wollten sich die Beamten wieder entfernen, als mit einem Male die Klingelei von vorn anfing und der Apparat jetzt auch gar nicht zur Ruhe zu bringen war. Nun wurde das Haus vom Keller bis zum Boden abgesucht, bis endlich ein Sachkenner an dem Leitungsdraht eine sechs Zoll lange Stelle fand, wo die Umhüllung, die bekanntlich aus Seide und Wolle besteht, von Mäusen abgeknabbert war. Unter allgemeinem Gelächter wurden nun die Kontakte beseitigt, worauf die Glocke endlich schwieg. Ehe die Beamten sich entfernten, gab der Wachtmeister Hrn. B. den guten Rath, neben der Diebesfalle einige Mäusefallen aufzustellen.

Literarisches.

Amthor und Ißleib, Volksatlas, liegt uns in der 26. Auflage vor und beweist, daß die Verlagshandlung alles aufgeboten hat, um diesen Atlas zu dem besten zu machen, was man bei billigem Preise liefern kann. Für 1 Mark liefert dieselbe 40 Karten in Farbendruck. Wir können den Atlas warm empfehlen.

Im Verlage von Cimisa in Berlin erscheinen freihändlerische Blätter, in welchen die neuen Zollgesetze eingehend besprochen werden; wir können dieselben allen Freunden des Freihandels warm empfehlen.

Viehmarkt.

Berlin, 2. Mai. Es standen zum Verkauf: 177 Rinder, 659 Schweine, 664 Kälber, 579 Hammel.

Rinder wurden heute Mangels Begehr fast gar nicht aus den Ställen gezogen; auch für Schweine und Hammel zeigt sich so wenig Bedarf, daß von genannten Viehgattungen nur einzelne Stücke sehr verschiedener Qualität annähernd zu dem am letzten Montage maßgebenden Preisen unterzubringen waren.

Nur Kälber, deren Auftrieb ein verhältnißmäßig geringer war, wurden langsam geräumt und erzielten 35—50 Pf. pro 1 Pfund Schlachtgewicht.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 2. Mai. Die „Polit. Corresp." meldet:

Die Anregung des französischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, Waddington, zur Ueberweisung der türkisch-griechischen Grenzfrage an eine Botschafter-Konferenz, ist noch keineswegs allseitig beantwortet. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß der Impuls des französischen Kabinets zu der in Konstantinopel selbst anzubahnenden Lösung der griechischen Frage schon jetzt der einmüthigen prinzipiellen Unterstützung sicher ist. Dagegen soll das Pariser Kabinet wissen, daß bei einer Frankreich befreundeten nachbarlichen Großmacht bezüglich des Modus der von Frankreich beantragten Behandlung der griechischen Frage Bedenken obwalten; die gedachte Großmacht hätte vorgeschlagen, die Lösung der Frage anstatt einer Botschafter-Konferenz den Botschaftern der Mächte bei der Pforte im Wege der gewöhnlichen Verhandlung zu überlassen.

Nach einem Telegramm aus Bukarest nimmt die europäische Donau-Kommission ihre Arbeiten am 9. d. wieder auf.

Paris, 2. Mai. Die Delegirten der schutzzöllnerisch gesinnten Handelskammern überreichten dem Handelsminister Tirard heute Vormittag die in der gestrigen Versammlung votirte Adresse. Auf die Ansprache derselben erwiderte der Minister, die schnelle Votirung des Tarifes hinge von der Kommission ab. Ueber die Tariffrage selbst sprach sich der Minister nur sehr reservirt aus; er erklärte, den schutzzöllnerisch gesinnten Handelskammern stände es frei, bei den Senatoren und Deputirten auf ein ihren Bedürfnissen entsprechendes Votum hinzuwirken. Was ihn beträfe, so würde er sich eventuell zurückziehen, da er für den Abschluß von Handelsverträgen sei. Im Allgemeinen schien aus den Erklärungen des Ministers hervorzugehen, daß die Regierung geneigt bleiben würde, Handelsverträge abzuschließen und zwar auf Basis von Sätzen, welche niedriger sind, als die in dem allgemeinen Tarif, und daß sie diese Meinung auch vor den Kammern vertreten würde.

Paris, 2. Mai. Die Delegirten der schutzzöllnerisch gesinnten Handelskammern wurden heute auch vom Präsidenten Grevy empfangen, welcher denselben die Versicherung ertheilte, daß die Regierung sich mit der Lage der Industrie beschäftige, und daß sie sich bemühen werde, alle Interessen mit einander in Einklang zu bringen

Präsident Grevy empfing auch den Besuch des Prinzen Alexander von Hessen, der sich mit seiner Gemahlin und seinem jüngsten Sohne hier aufhält. Der Prinz kehrt in nächster Woche mit seiner Familie nach Darmstadt zurück und wird daselbst mit seinem Sohne, dem zum Fürsten von Bulgarien gewählten Prinzen Alexander von Battenberg, zusammentreffen, welcher die bulgarische Deputation in Darmstadt empfangen will.

Graf Schuwaloff kehrt erst nächsten Sonntag auf seinen Posten nach London zurück.

London, 2. Mai. Unterhaus. Auf eine bezügliche Anfrage Peel's erklärte der Schatzkanzler Northcote, die Regierung habe über augenblicklich in Rußland stattfindende Verfolgungen keine Mittheilungen erhalten, auch sei es mit der Pflicht der Regierung ganz unvereinbar, sich in die inneren Angelegenheiten Rußlands einzumischen. Die Vorstellungen, zu denen sich die Regierung im Jahre 1852 in Neapel veranlaßt gesehen habe, hätten die Protokolle des Pariser Vertrages zur Basis gehabt, der Erfolg jenes Schrittes sei nicht der Art gewesen, um die Regierung zu einer Wiederholung zu ermuthigen, selbst wenn derselbe Grund vorliegen sollte.

Bukarest, 2. Mai. Nach hier vorliegenden Berichten ist Fürst Karl auf der mit dem Kronprinzen von Schweden nach der Moldau unternommenen Reise überall mit großem Enthusiasmus empfangen worden. Der Fürst kehrt an demselben Tage, an welchem der Kronprinz Rumänien verläßt, nach Bukarest zurück. Der Ministerpräsident Bratiano trifft bereits nächsten Sonntag hier ein. Der Erbprinz Leopold von Hohenzollern wird nächsten Dienstag zu längerem Besuche am fürstlichen Hofe erwartet. Außer dem türkischen Gesandten Suleiman Bey befinden sich zur Zeit auch Hobart Pascha und Karatheodori Effendi, der Bruder des türkischen Ministers des Auswärtigen, hier; heute Abend wird die Ankunft Aleko Paschas erwartet.

Konstantinopel, 2. Mai. Die internationale Kommission für Ostrumelien begiebt sich nunmehr nach der erfolgten Unterzeichnung des organischen Statuts für Ostrumelien nach Philippopel zurück, da den betheiligten Regierungen angezeigt erscheint, daß die Kommission die für die administrativen Einrichtungen der autonomen Provinz erforderlichen Maßnahmen an Ort und Stelle vornehme.

Konstantinopel, 2. Mai. Die von der Pforte zur Prüfung der Vakuf-Angelegenheit in Ostrumelien eingesetzte Spezialkommission hat folgende Lösung der Frage vorgeschlagen: Die nach dem Herkommen zum Vakuf gehörigen Güter sollen den derzeitigen Inhabern gegen verzinsliche amortisirbare und einen verkäuflichen Werth repräsentirende Pfandbriefe käuflich überlassen werden. Die Lokalverwaltung soll den Berechtigten gegenüber eine Garantie dieser Schuldurkunden übernehmen und die von den Inhabern zu leistenden Zahlungen überwachen. Die gegenwärtigen Inhaber der Vakufgüter werden dadurch in den Stand gesetzt, in kürzerer oder längerer Zeit und ohne erhebliche Opfer das volle und uneingeschränkte Eigenthum an diesen Vakufgütern zu erwerben. Was die den Moscheen gehörigen und von denselben direkt verwalteten Güter betrifft, so soll bezüglich ihrer Alles unverändert bleiben. Nur in dem Falle, daß diese Güter mit Hypotheken belastet sind, sollen die Einkünfte derselben von der Verwaltung der Provinz eingehoben und bis zur vollständigen Tilgung der Schuld den dabei Interessirten ausgeantwortet werden.